**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

**Herausgeber:** Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

**Band:** 59 (1965)

**Heft:** 5

**Artikel:** Akute Gefahr für den Frieden : NATO und deutsche Bundesrepublik

**Autor:** Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik (Berlin)

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-141002

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

Zudem drückte er die Überzeugung der Schweizerischen Bewegung gegen atomare Aufrüstung aus, daß es an der Zeit wäre, daß der Bundesrat als erste der Regierungen von noch atomwaffenfreien Staaten einen Verzicht der Schweiz auf die Anschaffung jeglicher Atomwaffen erklären und zugleich die übrigen noch atomwaffenfreien Staaten einladen würde, ebensolche Erklärungen zusammen abzugeben. Es wäre auf Grund solcher Erklärungen eine Entspannung der dem Frieden gefährlichen Lage zu erwarten, welche den Mut zu weiteren Schritten auf den Frieden hin stärken könnte, wie etwa in einer Vervollkommnung des Moskauer Atomtestabkommens, in Vereinbarungen über atomwaffenfreie Zonen usf.

Der störungsfrei verlaufene Schweizerische Ostermarsch 1965 ist ein nicht überhörbarer Appell an das für den nationalen und internationalen Frieden verantwortliche Gewissen des Schweizervolkes. Er ist hoffentlich nicht vergebens erfolgt. *Willi Kobe*

# Akute Gefahr für den Frieden

## *NATO und deutsche Bundesrepublik*

Heute geben sich die herrschenden Kreise der Westmächte der trügerischen Hoffnung hin, die westdeutsche Bundesrepublik durch irgendwelche vertraglichen Klauseln im Rahmen der NATO davon abhalten zu können, eine ihnen eingeräumte multilaterale Mitverfügung über Kernwaffen zur nationalen Verfügung über Kernwaffen auszubauen.

Die Tatsachen beweisen jedoch, daß eine Mitverfügung der westdeutschen Bundesrepublik über das Kernwaffenarsenal der USA und Großbritanniens faktisch in die alleinige Verfügungsgewalt der westdeutschen Bundesrepublik über Kernwaffen hinüberwachsen würde. In der westdeutschen Bundesrepublik stehen heute Truppen von drei Mächten, die über Kernwaffen verfügen. Die westdeutsche Bundeswehr verfügt seit längerer Zeit über die verschiedensten Arten von Kernwaffenträgern. Westdeutsche Spezialeinheiten sind bereits an ihnen, das heißt also an Kernwaffensystemen, ausgebildet. Die gesamte westdeutsche Bundeswehr ist in ihrer Struktur, ihrer Ausbildung und Ausrüstung auf die Entfesselung und Führung eines Kernwaffenkrieges ausgerichtet. Die westdeutsche Bundeswehr hat bereits jetzt maßgeblichen Einfluß in den NATO-Führungsstäben, das heißt auch auf die Ziel- und Einsatzplanung von Kernwaffen. Besonders die Beschlüsse der NATO-Ministerrats-Tagung in Ottawa im Mai 1963 sicherten der westdeutschen Bundesrepublik einen ständigen Einblick in den neuesten Stand der Entwicklung von Massenvernichtungswaf-

fen. Durch die Mitarbeit in der Standing Group hat sich die westdeutsche Regierung die Einflußnahme auf die Ziel- und Einsatzplanung der Kernwaffen gesichert. Gestützt auf diese Informationen, verstärkt die westdeutsche Bundesrepublik ihre Anstrengungen in der eigenen Forschung und bei der Schaffung eigener Kapazitäten zur Kernwaffen- und -trägerproduktion. Es fehlt der westdeutschen Bundesrepublik also nur noch der Schlüssel zur Mitverfügung über die auf ihrem Territorium stationierten Massenvernichtungsmittel. Die Entwicklung bis heute zeigt überzeugend: Die Westmächte haben Schritt für Schritt dem Drängen des westdeutschen Imperialismus nachgegeben, haben mit immer neuen Zugeständnissen eine Lage geschaffen, in der sich der westdeutsche Imperialismus zum «Schiedsrichter», zum «Vermittler» zwischen ihnen aufschwingen und seine Machtposition in bedrohlicher Weise ausbauen konnte.

Angesichts dieses gefährlichen Ausmaßes der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland kamen die Deutsche Demokratische Republik und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu der Feststellung, «daß eine Verminderung der zahlenmäßigen Stärke der Bundeswehr und ihrer Rüstungen sowie die Errichtung einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Kriegsproduktion in der Bundesrepublik Deutschland im Interesse der europäischen Sicherheit liegen würden. Da ein Friedensvertrag bis jetzt nicht abgeschlossen ist, müssen diese Maßnahmen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands und des Potsdamer Abkommens über die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und die Beseitigung der wirtschaftlichen Machtkonzentration der Monopole verwirklicht werden, damit eine neue deutsche Aggression verhindert wird.»

Herausgegeben vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.

## Spaniens Universitäten streiken

Alle Zeitungen Europas berichten darüber. Und alle sagen sie, daß der Hauptgrund der Unruhe sei, daß die Studenten verlangen, ihre Vertreter in den amtlichen, sich «Gewerkschaft» nennenden Syndikaten, selbst wählen zu dürfen.

Die Regierung tut so, als ob es sich um subversive Propaganda handelte. Es war von «kommunistischen Agenten» die Rede. Natürlich, das ist das bequemste, und das ist ein Argument, das im westlichen Teil von Europa immer zugkräftig ist. Die Kommunisten sind an allem schuld.

Warum aber wollen die Studenten unbedingt selbstgewählte Ver-